

INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	2
------------------------	----------

GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR	5
Deutsche Rüstungsexporte	5
Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für das Empfängerland	8
Militärausgaben	9
Lokale Rüstungsindustrie	10
Streitkräftestruktur	11
Bewaffnung der Streitkräfte	13
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	16
Polizei und andere Sicherheitskräfte	16

INFORMATIONEN NACH DEN KRITERIEN DES GEMEINSAMEN STANDPUNKTS	19
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	19
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	20
Innere Lage im Empfängerland	22
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	24
Bedrohung von Alliierten	25
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	25
Unerlaubte Wiederausfuhr	29
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	30

ZUSAMMENFASSUNG

Militärischer Sektor in Tunesien

Insgesamt verfügt Tunesien über keine bedeutenden eigenen Rüstungsproduktionskapazitäten und ist somit auf Rüstungsimporte angewiesen. Hauptlieferant von Waffensystemen sind die USA und die Niederlande. Die Anzahl der Soldat:innen und der schweren Waffensysteme ist in Tunesien um ein Vielfaches geringer als beispielsweise in seine Nachbarland Algerien. Vornehmliche Aufgabe der tunesischen Streitkräfte und Sicherheitsbehörden ist die Bekämpfung von militanten, islamischen Fundamentalist:innen. Diese genießen zwar nur wenig Rückhalt in der von einer gemäßigten Auslegung des Islam geprägten Bevölkerung, könnten das Land aber über die offenen Grenzen der Sahara im Süden infiltrieren.

Die tunesischen Landstreitkräfte sind hauptsächlich mit westlichen Waffensystemen ausgerüstet. Viele sind allerdings inzwischen veraltet, trotzdem wird eine umfassende Modernisierung der Heeresausstattung zurzeit noch nicht geplant. Obwohl sich die Küste Tunesiens über etwa 1.000 Kilometer ausdehnt, verfügt die Marine über vergleichsweise geringe Kapazitäten. Mit elf Jagdbombern und drei Kampfflugzeugen ist die tunesische Luftwaffe ebenfalls vergleichsweise klein.

Der ehemalige Präsident Tunesiens, Zine el-Abidine Ben Ali, machte ursprünglich als General und Geheimdienstchef beim Militär Karriere. Er war mit der militärischen Führung stets eng verbunden. Trotzdem war der Einfluss der Streitkräfte auf die Landespolitik wohl immer noch geringer als beispielsweise im Nachbarland Algerien. In Tunesien gibt es im Gegensatz zu Algerien keine Tradition in der Verbindung des Militärs mit dem politischen System sowie der politischen Einmischung der Offizier:innen. Zwar galt auch in Ben Alis Sichtweise das Militär als Stütze seiner Herrschaft, dennoch sorgte er dafür, dass das Militär nicht unverhältnismäßig anwuchs, wie in anderen Staaten der Region. Wie auch in anderen Maghreb-Ländern besteht die vorrangige Aufgabe der tunesischen Streitkräfte weniger in der Bekämpfung oder Abschreckung äußerer Bedrohungen als in der Verfolgung vereinzelter islamistischer Gruppen im Inneren. Die Ausbildung von Soldat:innen erfolgt in der Regel nicht in Tunesien selbst, sondern durch die ehemalige Kolonialmacht Frankreich oder in den USA. Dass in Ägypten und Tunesien der sogenannte Arabische Frühling weitgehend friedlich die jeweiligen Diktatoren zu Fall brachte, hängt unter anderem damit zusammen, dass in beiden Ländern die Armee nicht gewaltsam gegen die Proteste vorging. Während in Ägypten das Militär direkt nach der Revolution politische Ämter übernahm und im Juli 2013 erneut intervenierte, um Präsident Mursi abzusetzen, hielt sich in Tunesien die Armee aus dem politischen Prozess heraus, übernahm dafür aber Aufgaben der inneren Sicherheit und füllte damit das Vakuum, das durch die Auflösung der alten Sicherheitsbehörden entstanden war.

Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts der EU für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern (2008/944/GASP)

Tunesien ist allen wichtigen internationalen Abrüstungsabkommen beigetreten, mit Ausnahme des Internationalen Waffenhandelsvertrages (ATT). Das Land besitzt keine Massenvernichtungswaffen und hat allen Berichten zufolge auch nie versucht, in den Besitz solcher Waffen zu gelangen.

Auch ist Tunesien zahlreichen wichtigen internationalen Menschenrechtsabkommen beigetreten und in der Verfassung von 2014 sind die Menschenrechte sowie die Unabhängigkeit der Justiz garantiert. Die im August 2022 verabschiedete neue Verfassung berührt die Grund- und Menschenrechte zwar kaum, führt aber weitführende Änderungen des politischen Systems ein. Sie betont anstelle des weltlichen Staatscharakters die Ziele des Islams und wird von Kritiker:innen als Schritt in Richtung Autokratie gewertet, da sie Kontrollinstanzen über das Präsidialamt einschränkt bzw. abschafft (bspw. das Amtsenthebungsverfahren) und im Umkehrschluss diesem Amt mehr Kontrollmöglichkeiten gegenüber den anderen Gewalten einräumt. So kann der:die Präsident:in nun die Regierung sowie Richter:innen ernennen und absetzen oder das (zukünftig aus zwei Kammern bestehende) Parlament auflösen.

Im Bereich der Menschenrechte gibt es nach wie vor erhebliche Defizite. In Folge des von den USA ausgerufene „Krieges gegen den Terror“ hat sich die Menschenrechtssituation auch in Tunesien verschlechtert. Zwar hat sich die Lage nach den Umstürzen in Tunesien grundsätzlich gebessert und politische Häftlinge wurden im Nachgang entlassen, die ohnehin bereits stark eingeschränkten Meinungs- und Versammlungsfreiheiten wurden mit „Anti-Terror-Gesetzen“ und unter dem 2015 verhängten und mehrmals verlängerten Notstand allerdings weiter untergraben. Proteste wurden des Öfteren gewaltsam durch die staatlichen Sicherheitskräfte aufgelöst und Demonstrierende strafrechtlich verfolgt. Es gibt Berichte von teils tödlicher Polizeigewalt sowie Folter und Misshandlung in Haft. Die Lage der Rechte von Frauen hat sich in den letzten Jahren verbessert und die Repräsentation von Frauen in Wahlen ist deutlich angestiegen. Strukturelle Diskriminierung und Gewalt gegenüber Frauen bleiben jedoch ein Problem in Tunesien. LGBTQI-Rechte sind diskriminierend und gleichgeschlechtliche Beziehungen werden rechtlich kriminalisiert.

Die innere Lage in Tunesien ist auch zehn Jahre nach dem sog. arabischen Frühling weiterhin stark angespannt. 2011 kam es zu massiven Protesten der Bevölkerung, die sich zunächst überwiegend gegen die hohe Arbeitslosigkeit, wirtschaftlichen Problemen und die Perspektivlosigkeit unter den Jugendlichen richteten. Diese führten letztlich dazu, dass Präsident Ben Ali im Januar 2011 aus dem Land floh und damit eine Phase des politischen Übergangs einleitete: Im Januar 2014 wurde eine neue demokratische Verfassung verabschiedet, deren Errungenschaften mit der Verfassung aus 2022 teilweise wieder aufgeweicht werden.

Im Januar 2016 kam es erneut landesweit zu mehreren heftigen Protesten und teilweise gewaltsamen Auseinandersetzungen. 2021 kam es zudem zu einer erneuten tiefen politischen Krise, als es im Zuge von massiven Protesten zur vorübergehenden militärischen Blockade des Parlaments und zur Entlassung des Premierministers und Parlamentsvorsitzenden Hichem Mechichi durch den Präsidenten Kais Saied kam. Die Regierungsmehrheit wertete dies als Staatsstreich – ein großer Teil der Bevölkerung

befürwortete den Schritt Saieds jedoch. Hintergrund für die Proteste war abermals die anhaltend schlechte wirtschaftliche Lage sowie die enorm angespannte Pandemiesituation sowie Polizeigewalt. Hintergrund für die politische Reaktion Saieds soll aber auch der schwelende Konflikt zwischen diesem und der islamistischen Partei Ennahda sowie Hichem Mechichie gewesen sein. Zeitweise schien der gemeinsame Kurs der nationalen Einheit und des Dialogs der Großparteien daher gefährdet. Bis November 2021 hatte sich die Lage jedoch wieder entspannt. Die neue Verfassung wurde von mehr als 90 Prozent der Wahlberechtigten angenommen und führte zu keinen größeren Ausschreitungen. Die Wahlbeteiligung lag mit knapp über 30 Prozent jedoch nicht besonders hoch.

Trotz seiner verhältnismäßig geringen Größe spielt Tunesien eine beachtliche Rolle in der internationalen Politik. Die Beziehungen zu den meisten europäischen Staaten sowie den USA sind gut bis sehr gut und haben sich insbesondere nach der Verabschiedung der demokratischen Verfassung noch weiter verbessert. Innerhalb der arabischen Welt hat Tunesien in der Vergangenheit häufig die Rolle eines Vermittlers eingenommen. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 positionierte sich Tunesien klar an der Seite der USA und betonte seine Zugehörigkeit zur Anti-Terror-Allianz. Es gibt keine offen ausgetragenen Konflikte in Tunesien. Die größte Bedrohung für den inneren Frieden geht zurzeit von einzelnen militanten islamistischen Gruppen aus, die von der Bevölkerung aber weitgehend isoliert sind. Im März und Juni 2015 kam es zu Terroranschlägen in Tunesien, woraufhin die tunesischen Sicherheitskräfte ihre Präsenz verstärkten. Der letzte Terroranschlag fand im Dezember 2018 statt.

Es gibt in Tunesien zahlreiche Banden von Schleuser:innen, welche die illegale Migration über den Seeweg in häufig überfüllten und hochseeuntauglichen Schiffen nach Westeuropa organisieren. Tunesien ist ebenfalls ein wichtiges Transitland im internationalen Drogenhandel. Die Informationslage bezüglich geltender Waffenexportkontrollen ist unbefriedigend, da beispielsweise Informationen über einschlägige Gesetze oder authentifizierte Endverbraucherzertifikate schlichtweg nicht erhältlich sind. Aus der Vergangenheit sind jedoch keine Fälle einer unerlaubten Wiederausfuhr von Rüstungsgütern bekannt.

Tunesiens Militarierungsgrad ist einer der niedrigsten in der gesamten Region und verdeutlicht, dass Tunesien im Vergleich zu seinen Nachbarländern dem staatlichen Militärapparat deutlich weniger Ressourcen zur Verfügung stellt. Dennoch können angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Umstände auch kleinere Investitionen in das Militär zielführender in anderen Bereichen eingesetzt werden. Lagen die relativen Militärausgaben 2012 noch bei 1,5 Prozent am BIP, waren es 2021 jedoch bereits wieder 2,8 Prozent. Auch die Militärausgaben in Tunesien sind im regionalen Vergleich damit immer noch relativ niedrig. Dieser Trend ist angesichts eines negativen Wirtschaftswachstums dennoch problematisch. Für 2022 und 2023 prognostiziert die Afrikanische Entwicklungsbank für Tunesien jedoch ein positives Wachstum von 2 bzw. 4 Prozent. Sollten diese Prognosen eintreten, stellen die Ausgaben kein größeres Entwicklungshindernis dar und beeinflussen die wirtschaftliche und soziale Entwicklung damit derzeit nur bedingt.

GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR

Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2021 (in Millionen Euro)

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
1999	Teile für Bodenradarsysteme: 96,9%	0,01
2000	Patrouillenboote: 95,3%	0,64
2001	Sportpistolen und –Revolver: 55,5%; Herstellungsausrüstung für Handfeuerwaffen; Munition: 44%	0,03
2002	Kommunikationssysteme, Boden-Überwachungsradar, Teile für Kommunikationssysteme: 98,2%	9,16
2003	Kommunikationsausrüstung: 89,9%	0,24
2004	Kommunikationssysteme und Teile für Kommunikationsausrüstung: 88,4%	0,47
2005	Schnellboote und Teile für Schnellboote: 99,9%	33,0
2006	Teile für Freund-Feind- Kennungssystem und Kommunikationsausrüstung: 75,5%; Software für Interferometer Peilsystem: 12,5%	0,06
2007	Geländewagen mit Sonderschutz und Tarnleuchten: 99,9%	0,26
2008	Teile für Schnellboote: 86,6%	0,07
2009	LKW und Teile für Landfahrzeuge: 94,5%	3,12
2010	Teile für Hubschrauber: 85%	1,65
2011	LKW, Sattelzugmaschinen und Teile für Tarnbeleuchtung: 98,8%	3,96
2012	Teile für Hubschrauber: 73,7 % LKW und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, LKW, Patrouillenfahrzeuge: 26,3%	2,08
2013	LKW und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, LKW: 97,9%	0,36
2014	Ballistische Schutzwesten: 77,1% Infrarot-Beobachtungsgeräte: 21,9%	8,08
2015	Teile für Hubschrauber: 52,1% Teile für gepanzerte Fahrzeuge und LKW: 17% Sicherheitsisolierverglas und Bombenschutzanzüge: 15,7%	2,11

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
2016	LKW und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, LKW: 66,3% Sicherheitsstahl, Sicherheitsisoliervlas und Helme: 16,9%	2,66
2017	LKW, Radlader und Teile für gepanzerte Fahrzeuge: 88%	58,24
2018	Teile für Hubschrauber: 76,6% Gepanzerte Radfahrzeuge und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, ballistischen Schutz: 22,6%	1,78
2019	LKW und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, LKW: 90,9%	11,88
2020	LKW und ballistisches Glas für Geländewagen [Bank]: 98,7%	57,07
2021	LKW und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, LKW: 78,1% Körperpanzer-Schutzplatten: 15,2%	2,70

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2021, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz <https://www.bmwk.de>

Schaubild 1

Deutsche Rüstungsexporte, 1999–2021

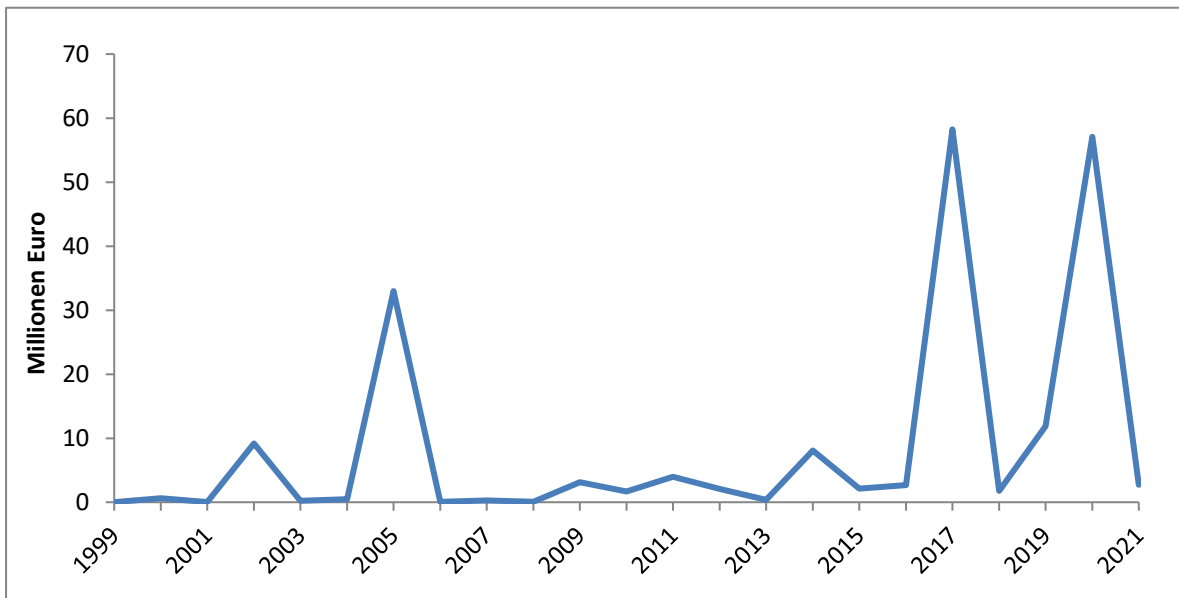


Tabelle 2

Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Tunesien 2000-2021

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Kommentar
6	Albatros/Type-143	Schnellboot	2004	2005	6	Gebraucht; Geschäft über 43 Mio. Euro; Type-143B Version
5	Spexer-2000	Bodenüberwachungsradar	2016	2017	5	Geschenk
10	Dingo-2	Gepanzerter Mannschaftstransporter	(2017)	2017	10	Gebraucht; Geschenk; Dingo-1 Version

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php

Kommentar

2015, als zwei schwere Terroranschläge auf Tourist:innen Tunesien erschütterten, weitete Deutschland seine militärische Kooperation mit dem nordafrikanischen Land aus und sagte die Lieferung militärischer Ausrüstung für 1,2 Millionen Euro und eine verstärkte Ausbildung tunesischer Soldat:innen zu. Die tunesischen Streitkräfte erhalten nun zunächst ein schwimmendes Dock für die Reparatur von Booten, eine Barkasse für Patrouillen, fünf Kleinlastwagen sowie 3.000 Helme und 700 Doppelfernrohre. Gleichzeitig soll die militärische Kooperation zwischen den beiden Staaten ausgeweitet werden. So schult etwa die Bundeswehr Mechaniker:innen, die militärische Fahrzeuge aus deutschen Beständen reparieren sollen. Außerdem hat die Bundeswehr in den vergangenen Jahrzehnten mehrere hundert tunesische Soldat:innen ausgebildet. Auch will Deutschland Tunesien dabei helfen, die 600 Kilometer lange Grenze zu Libyen zu sichern, um zu verhindern, dass islamistische Terrorist:innen und Waffen nach Tunesien gelangen.

2017 stiegen die deutschen Rüstungslieferungen nach Tunesien deutlich an. Dabei wurden insbesondere LKW, Radlader und Teile für gepanzerte Fahrzeuge geliefert. Neben fünf Spexer-2000 Bodenüberwachungsradaren lieferte Deutschland 2017 auch zehn gebrauchte gepanzerte Mannschaftstransporter vom Typ Dingo-2. Bei beiden Exporten handelt es sich um Schenkungen der Bundesregierung. Im Jahr 2020 waren deutsche Rüstungsexporte nach Tunesien 57 Millionen Euro ähnlich hoch wie 2017.

Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3

Höhe der Exporte von Großwaffensystemen nach Tunesien 2017-2021, Mio. TIV¹

Jahr	2017	2018	2019	2020	2021	2017-2021
Summe	90	181	15	15	7	307

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Tabelle 4

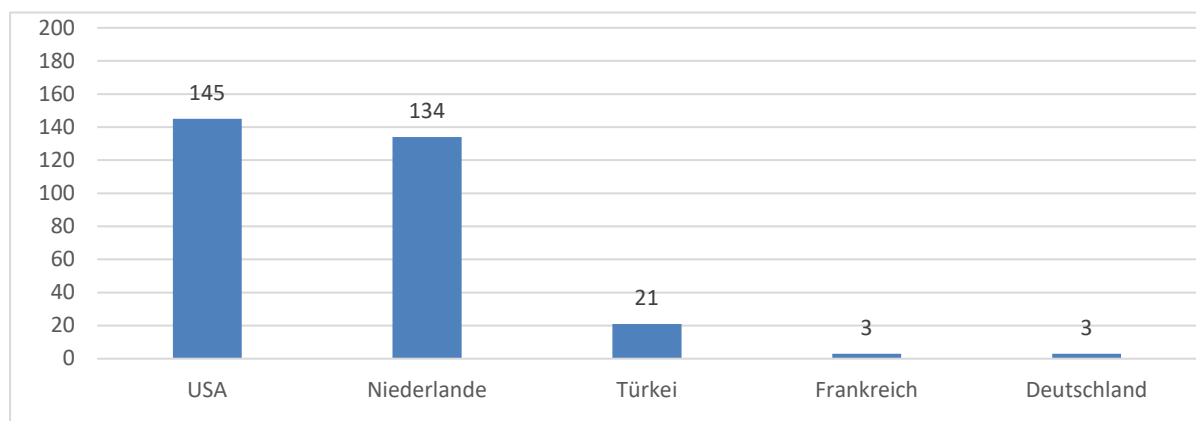
Deutsche Exporte von Großwaffensystemen nach Tunesien 2017-2021, Mio. TIV

Jahr	2017	2018	2019	2020	2021	2017-2021
Summe	3	-	-	-	-	3

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Schaubild 2

Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2017-2021, Mio. TIV



Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

¹ SIPRI gibt die Werte als sogenannten Trend Indicator Value (TIV) an. Der TIV basiert auf den bekannten Produktionskosten für bestimmte Waffensysteme und bildet den militärischen Wert in einer eigenen hypothetischen Einheit ab. So werden etwa Wertverluste bei älteren und gebrauchten Geräten berücksichtigt. Der TIV bildet damit eher den militärischen als den finanziellen Wert ab. Weiterführend, siehe SIPRI, Arms Transfers Database, abrufbar unter: <https://www.sipri.org/databases/armstransfers/background#TIV-tables>

Kommentar zu den Waffenkäufen

Laut SIPRI-Datenbank (Stand: März 2022) nahm Tunesien 2017 bis 2021 die 55. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein. Wichtigster Rüstungslieferant sind die USA, gefolgt von den Niederlanden und mit einigem Abstand der Türkei. Im Jahr 2010 bestellte das Land zwei C-130J Transportflugzeuge in den USA, die bis Ende 2014 ausgeliefert wurden. Im September 2015 wurde zudem bekannt, dass Tunesien und die NATO in Zukunft in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung stärker zusammenarbeiten wollen. Auch die EU möchte bezüglich innerer Sicherheit und Terrorismusbekämpfung enger mit Tunesien kooperieren, weshalb 2015 vermehrt gemeinsame Projekte eingeleitet wurden und 2016 finanzielle Hilfe zur Verfügung gestellt wurde. Insgesamt wollen die USA ihre militärische Hilfe für das Land verdreifachen und stecken große Hoffnungen in Tunesien, das sich seit Beginn des „Arabischen Frühlings“ 2011 im Transformationsprozess befindet. Von den mehr als 130 Millionen Dollar (114,6 Mio. Euro), die die USA für 2016 beim Kongress für Tunis beantragt hat, fließen rund vier Fünftel in den Anti-Terror-Kampf des tunesischen Militärs. Grund dafür ist die gewünschte stärkere Einbindung Tunesiens in den Kampf gegen den Terror. Tunesien soll zu einem bedeutenden Alliierten außerhalb der NATO werden. Zudem plant Tunesien eine Modernisierung der Luftwaffe mit Unterstützung der USA. 2016 exportierten die USA 12 leichte Flugzeuge (Typ MX-7) nach Tunesien. In den letzten fünf Jahren erhielt Tunesien außerdem 12 S-70/UH-60L Hubschrauber, drei leichte Bell-429 GlobalRanger Helikopter sowie 24 gebrauchte Bell-206/OH-58D Kampfhubschrauber aus den USA, die zur Grenzsicherung und Terrorismusbekämpfung dienen sollen. Des Weiteren soll durch die Helikopter die Kompatibilität der tunesischen Streitkräfte mit denen der USA und anderen Partnern gesteigert werden. Im Zuge der Modernisierungsreformen der tunesischen Marine bestellte Tunesien 2015 unter anderem 65 Full Cabin Inboard Boote bei den USA, die bis Anfang 2016 ausgeliefert wurden. Seit 2017 wurden zudem 150 Panzerabwehrraketen (Hellfire) geliefert sowie 82 WGU-59-Raketen bestellt, 124 Dieselmotoren (ISC, ISL und C280-12) für verschiedene Mannschaftstransporter und Patrouillenboote geliefert und 150 weitere ISC-Dieselmotoren bestellt. Außerdem stehen weiterhin Lieferungen über fünf Cessna-208 Caravan Flugzeuge zur Aufklärung und acht PC-9 Trainingsflugzeuge aus, die im Jahr 2022 erfolgen sollen.

Die Niederlande exportierten 2018 vier OPV-1400 Patrouillenboote nach Tunesien. Aus der Türkei erhielt Tunesien 2014 bis 2016 100 gepanzerte Mannschaftstransporter vom Typ Kirpi und 2017 70 weitere vom Typ Ejder Yalcin. Jüngst hat Tunesien insgesamt 196 weitere gepanzerte Mannschaftstransporter aus der Türkei geordert (23 hiervon wurden bereits geliefert); 2019 bestellte es ferner sechs türkische Anka-S Drohnen, deren Lieferung noch aussteht. Gepanzerte Mannschaftstransporter hat insbesondere auch Frankreich nach Tunesien geliefert: 2016 bis 2017 importierte Tunesien insgesamt 21 Stück aus Frankreich.

Militärausgaben

Tabelle 5

Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP (Mio. USD)

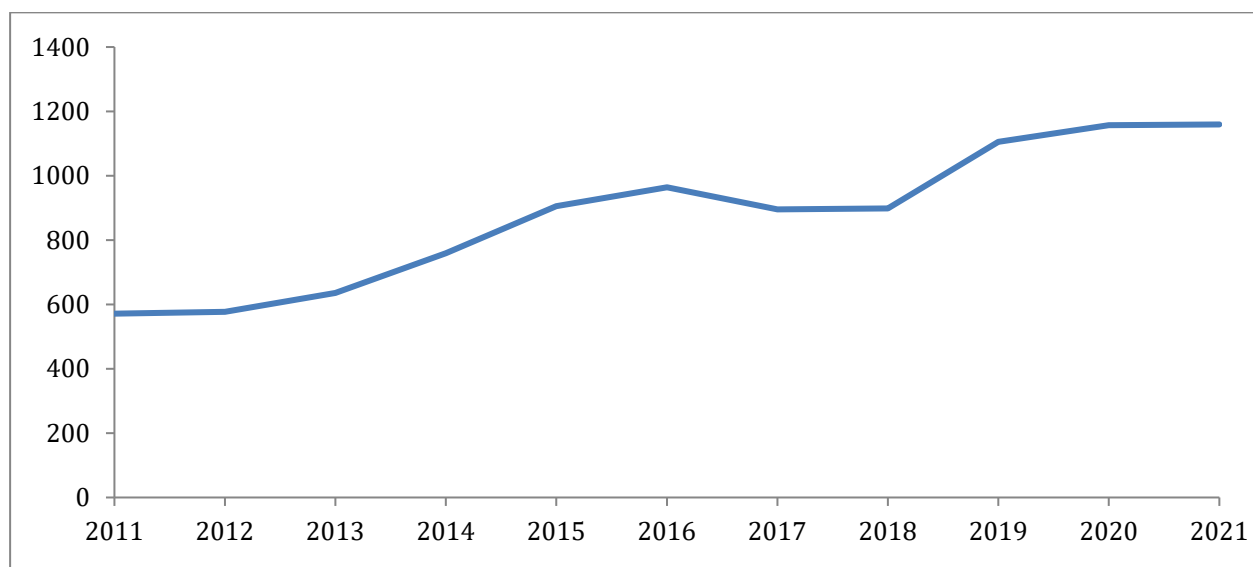
	2017	2018	2019	2020	2021
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	895	899	1105	1157	1159
Anteil am BIP (in Prozent)	2,1	2,1	2,6	2,9	2,8
Anteil an Staatsausgaben (in Prozent)	7,1	6,9	8,1	7,9	7,9

Angaben in konstanten Preisen mit 2020 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 3

Absolute Militärausgaben, Trend 2011 – 2021 in Mio. USD

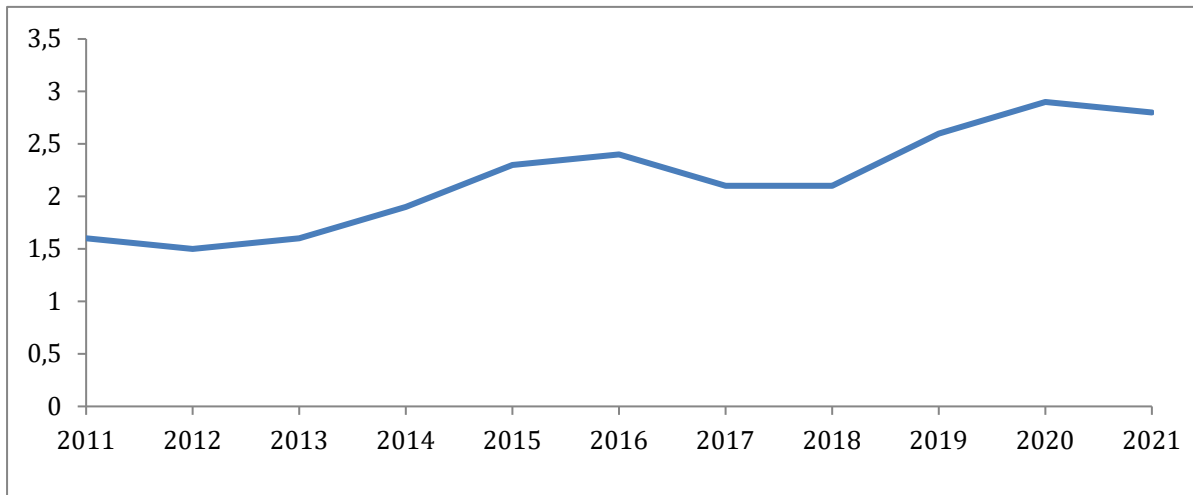


Angaben in konstanten Preisen USD mit dem Basisjahr 2020.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 4

Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2011 – 2021 (in Prozent)



Angaben in konstanten Preisen mit 2020 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Lokale Rüstungsindustrie

Insgesamt verfügt Tunesien über keine bedeutenden eigenen Rüstungsproduktionskapazitäten und ist somit auf Waffenlieferungen von anderen Ländern angewiesen. Nach der Unabhängigkeit des Landes waren zunächst die USA und Frankreich wichtigste Lieferanten von Rüstungsgütern. Mit Unterstützung von Südkorea stellt Tunesien aber kleinere Patrouillenboote in Lizenz her. Zudem werden Munition und vereinzelt auch Kleinwaffen produziert. Auch mit der Türkei wurde ein Kooperationsabkommen geschlossen, genaue Projekte sind bisher aber noch nicht bekannt geworden.

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: 12 Monate (selektiv)

Box 1

Gesamtstärke der Streitkräfte

35.800 aktiv, davon:

Heer: 27.000

Marine: 4.800

Luftwaffe: 4.000

Gendarmerie & Paramilitärische Einheiten: 12.000, davon

Nationalgarde: 12.000

Quelle: IISS Military Balance 2022

Tabelle 6
Stärke der Streitkräfte, Trend 2013–2021

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Aktive in 1.000 (IISS)	36	36	36	36	36	36	36	36	36
Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (BICC Berechnungen)	3,3	3,2	3,2	3,2	3,1	3,1	3,1	3	3

Quellen: IISS Military Balance, 2014-2022, World Bank

Kommentar

Die Anzahl der Soldat:innen und der schweren Waffensysteme ist um ein Vielfaches geringer als beispielsweise in Marokko und Algerien. Vornehmliche Aufgabe der tunesischen Streitkräfte und Sicherheitsbehörden ist die Bekämpfung von militanten islamischen Fundamentalist:innen. Diese genießen zwar nur wenig Rückhalt in der von einer gemäßigten Auslegung des Islam geprägten Bevölkerung, können das Land aber über die offenen Grenzen der Sahara im Süden infiltrieren. Tunesien ist genau wie Algerien ein Verbündeter der Vereinigten Staaten im „Krieg gegen den Terror“. Die tunesischen Landstreitkräfte sind hauptsächlich mit westlichen Waffensystemen ausgerüstet. Viele sind allerdings inzwischen veraltet, eine (bescheidene) Modernisierung ist daher im Gange.

Die Ausbildung der tunesischen Streitkräfte wird zu großen Teilen auch durch ausländische Kooperationspartner übernommen. So schult etwa die Bundeswehr Mechaniker:innen, die militärische Fahrzeuge aus deutschen Beständen reparieren sollen. Außerdem hat die Bundeswehr in den vergangenen Jahrzehnten mehrere hundert tunesische Soldat:innen ausgebildet. Auch Grenzschrützer:innen und Polizist:innen erhalten seit einigen Jahren Training durch Deutschland. Seit den 1980er Jahren genossen im Rahmen des Programms „International Military Education and Training“ (IMET) rund 3.600 Offizier:innen eine Ausbildung in den Vereinigten Staaten. Die Ausbildung des Offizierskorps wird zu großen Teilen vom Pentagon übernommen. So haben beispielsweise alle Luftwaffenoffizier:innen in ihrer Ausbildung militärische Stationen in den Vereinigten Staaten durchlaufen. Im Jahr 2004 beteiligten sich 87 Militärangehörige an IMET-Trainingsmaßnahmen im Wert von 1,88 Millionen US-Dollar, vor allem im Bereich der Terrorismusbekämpfung. Darüber hinaus gab es gemeinsame Militärübungen. Auch in Frankreich und Italien wurden immer wieder Offizier:innen ausgebildet. Vor den Protesten 2011 gingen viele tunesische Pilot:innen zudem nach Ägypten, um sich dort trainieren zu lassen.

Diese westliche Orientierung der Streitkräfte schlägt sich auch in militärischer Doktrin und Mentalität nieder. Seit 2015 gilt Tunesien als ein wichtiger Nicht-NATO-Verbündeter; 2020 wurde zudem erneut eine zehnjährige Militärkooperation mit den USA unterzeichnet, wodurch die Trainingskontingente und technische Unterstützung (after-sales

support) erhöht werden sollen. Auch an Peacekeeping Missionen der UN beteiligen sich die Streitkräfte mit Personal und Gerät.

Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7

Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	84	
Leichte Panzer	48	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	Mehr als 425	
Aufklärer	60	
Bergepanzer	11	
Artillerie	276	
Panzerabwehr	35	Anzahl der Flugabwehrraketen; zusätzlich einige Panzerabwehrlenkwaffensysteme (<i>Milan</i> und TOW)
Luftabwehr	138	Zusätzlich einige Flugabwehrraketensysteme (RBS-70)

Quelle: *ISS Military Balance 2022*

Kommentar

Die tunesischen Landstreitkräfte sind hauptsächlich mit westlichen Waffensystemen ausgerüstet und sind die größte der drei Teilstreitkräfte. Dennoch bestehen sie nur aus rund 27.000 Personen (davon 22.000 wehrpflichtige) – deutlich zu wenig, um dauerhaft die Sicherheit und Stabilität des Landes sichern zu können, schätzen Expert:innen. Viele der benutzten Waffen sind zudem inzwischen veraltet, so zum Beispiel die 84 US-amerikanischen M-60 Panzer. Eine umfassende Modernisierung der Heeresausstattung ist derzeit nicht in Planung, stattdessen liegt der Fokus auf der Verbesserung der Marine, Luftwaffe und nachrichtendienstlicher Fähigkeiten. Wird dem Heer in den kommenden Jahren kein umfassendes Modernisierungsprogramm auferlegt, so Expert:innen, könnte Tunesien bald vor tiefgreifenden Sicherheitsbedrohungen stehen - insbesondere, da regionale Terrormilizen wie Al-Qaida oder auch der Islamische Staat (IS) kontinuierlich aufrüsten und sich mit modernen Waffensystemen versorgen.

Die US-Regierung verkündete daher Anfang 2015, die militärische Unterstützung für Tunesien zu verdoppeln, um Tunesien besser für den Kampf gegen Terrorismus auszurüsten. Aus demselben Grund lieferte China 2015 zudem modernes militärisches Equipment, darunter Waffen, Munition und kugelsichere Westen. Darüber hinaus sicherte die deutsche Bundeswehr nach den Terroranschlägen 2015 militärische Unterstützung

zu und lieferte fünf Kleinlastwagen sowie 3.000 Helme und 700 Doppelfernrohre an das tunesische Heer.

Im Februar 2016 kündigte Großbritannien Unterstützung bei der Ausbildung tunesischer Soldat:innen an. Ein Trainingsteam von 20 Personen reiste dazu nach Tunesien und bildete insbesondere Streitkräfte aus, die sich anschließend mit dem Kampf gegen illegale Grenzübertritte aus und nach Libyen befassen sollten.

Tabelle 8

Marine

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Patrouillenboote	37	
Logistik und Unterstützung	7	

Quelle: IISS *Military Balance 2022*

Kommentar

Obwohl sich die Küste Tunesiens über etwa 1.000 Kilometer ausdehnt, verfügt die Marine über vergleichsweise geringe Kapazitäten. Bei der Ausstattung handelt es sich um meist kleinere Schnellboote der französischen Combattante-Klasse. 2005 stockte das tunesische Verteidigungsministerium seine Marine um sechs ältere Schnellboote der Albatros-Klasse aus deutscher Produktion auf, die seitdem als Patrouillenboote mit vielfältigen Einsatzmöglichkeiten eingesetzt werden und die Anzahl der genutzten Patrouillenboote in Tunesien auf 35 erhöhten. Mit Hilfe Südkoreas wurden zudem zahlreiche Patrouillenboote unter Lizenz in Tunesien produziert. Künftig soll die Marine stärker aufgerüstet und modernisiert werden. Im Zuge dieser Reform bestellte Tunesien 2015 unter anderem vier Patrouillenboote bei dem US-Hersteller SAFE Boats International. Diese ergänzen eine Flotte von über 20 älteren SAFE-Booten.

Die Marine wird von der 12.000 Personen starken Nationalgarde unterstützt, deren Küstenwache u.a. mit Küstenpatrouillenbooten, teilweise aus der ehemaligen DDR (Kondor- und Bremse-Klasse), ausgestattet ist und maßgeblich für die Sicherheit von Tourist:innen in tunesischen Ferienorten zuständig ist. Da sie zudem für die Sicherung von Tunesiens Küsten im Zuge der anhaltenden Fluchtbewegungen zuständig ist, schenkte das italienische Innenministerium im Frühjahr 2015 der tunesischen Küstenwache mehrere Patrouillenboote, die die tunesische Marine bei der Rettung von Geflüchteten unterstützen sollen.

Darüber hinaus sicherte die deutsche Bundeswehr nach den Terroranschlägen 2015 militärische Unterstützung zu und stellte der tunesischen Marine ein schwimmendes Dock für die Reparatur von Booten sowie eine Barkasse für Patrouillen. Auch die USA unterstützt den Ausbau der Fähigkeiten zum Beispiel, indem sie 2017 13 Küstenradarstellungen mit neuen Küstenradaren ausstattete.

Tabelle 9
Luftwaffe

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Jagdbomber	11	
Kampfflugzeuge	3	
Aufklärungsflugzeuge	12	
Ausbildungsflugzeuge	30	Davon 9 L-59 <i>Albatros</i> kampffähig
Transportflugzeuge	18	
Mehrzweckhubschrauber	34	
Such- und Rettungshubschrauber	11	
Transporthubschrauber	39	
Raketen	Einige	AIM-9P <i>Sidewinder</i> ; AGM-114R <i>Hellfire</i>

Quelle: IISS *Military Balance 2022*

Kommentar

Mit nur 4.000 Mitgliedern ist die tunesische Luftwaffe ausgesprochen klein, vor allem im Gegensatz zu seinen Nachbarn Marokko, Algerien und Libyen. Auch die Ausstattung dieser Teilstreitkraft ist limitiert: So besitzt die Luftwaffe etwa 14 Kampfflugzeuge der Marken F-5E/F und MB-326K. Im Jahr 2007 gab es Modernisierungsbemühungen mit Unterstützung der Tschechischen Republik zur Generalüberholung der L-59 Flugzeuge, die ebenfalls aus tschechischer Produktion stammen, von denen allerdings mittlerweile nur noch neun kampffähig sind. Die tunesische Luftwaffe ist weiterhin dringend modernisierungsbedürftig. Ziel ist es auch, die Such- und Rettungsfähigkeiten der Luftwaffe zu verbessern und sie für humanitäre Einsätze besser auszurüsten. Dazu wurden seit 2011 mehrere Rüstungslieferungen entgegengenommen, darunter unter anderem zwei C-130J Transportflugzeuge, die 2010 bei den USA bestellt und bis Ende 2014 ausgeliefert wurden. In den letzten fünf Jahren erhielt Tunesien außerdem von den USA 12 S-70/UH-60L Hubschrauber, drei leichte Bell-429 GlobalRanger Helikopter sowie 24 gebrauchte Bell-206/OH-58D Mehrzweck- bzw. Kampfhubschrauber aus den USA, die zur Grenzsicherung und Terrorismusbekämpfung dienen sollen.

Die mit diesen Lieferungen einhergehende Modernisierung zielt auch darauf ab, die Kompatibilität der tunesischen Streitkräfte mit denen der USA und anderer Partner zu steigern. Anfang 2017 wurde bekannt, dass die USA verstärkte Trainingsmaßnahmen für die tunesische Luftwaffe plant, insbesondere zwecks Sicherung der östlichen Grenze. Vor dem „Arabischen Frühling“ von 2011, wurden einige tunesische Pilot:innen auch in Ägypten ausgebildet.

Box 2

Paramilitärische Einheiten

Nationalgarde:

24 Patrouillenboote

8 Mehrzweckhubschrauber

3 Transporthubschrauber

Mehr als 29 gepanzerte Mannschaftstransporter

2 Aufklärer

Quelle: IISS Military Balance 2022

Box 3

Peacekeeping

Demokratische Republik Kongo (MONUSCO): 13 Soldat:innen

Mali (MINUSMA): 87 Soldat:innen

Südsudan (UNMISS): 3 Soldat:innen

Zentralafrikanische Republik (MINUSCA): 134 Soldat:innen

Quelle: IISS Military Balance 2022

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Seit den Protesten des „Arabischen Frühlings“ 2011 hat sich die Rolle des Militärs in Tunesien maßgeblich verändert. Zuvor war der Einfluss der Streitkräfte auf die Landespolitik recht gering im Vergleich zu Algerien oder Ägypten. So kam eine Verbindung des Militärs mit dem politischen System und die politische Einmischung der Offizier:innen zwar vor, jedoch weniger regelmäßig und in geringerem Ausmaß als etwa in Algerien, obwohl der ehemalige Präsident Tunesiens Zine el-Abidine Ben Ali ursprünglich als General und Geheimdienstchef beim Militär Karriere machte. Zwar nutzte auch Ben Ali das Militär als Stütze seiner Herrschaft, dennoch sorgte er dafür, dass das Militär nicht unverhältnismäßig anwuchs, wie in anderen Staaten der Region. Daher verwendet er Ressourcen eher für die Stärkung der zivilen Sicherheitsstreitkräfte als zum Verteidigungsministerium und reduzierte die Truppenstärke auf rund 40.000 Personen. Durch diese Reduktion und die ständige Kontrolle sollte sichergestellt werden, dass er in seiner Herrschaft nicht durch das Militär bedroht wird. Letztlich hat jedoch die geringe wirtschaftliche und finanzielle Ausstattung der Offizier:innen auch dazu geführt, dass sich diese gegen das Regime Ben Ali gestellt haben. So verweigerten sie seinen „Eindämmungsbefehl“, als Ben Ali sie 2011 nach wochenlangen Unruhen aufmarschieren ließ, und ließen stattdessen die Bevölkerung spüren, dass sie auf ihrer Seite waren. Infolgedessen übernahm das Militär sukzessive eine stabilisierende Rolle in Sachen innerer Sicherheit, hielt sich dabei jedoch dem politischen Prozess heraus. Dadurch trug es maßgeblich zur demokratischen Transformation des Landes bei. Generell hatte das Militär eine gute Beziehung zur Bevölkerung,

was unter anderem auch daran liegt, dass alltägliche Repressionen zur Machtsicherung von paramilitärischen Einheiten des Innenministeriums ausgeführt wurden.

Nach der Revolution von 2011 und den politischen Umbrüchen, hielt sich das Militär zunächst weiterhin aus politischen Prozessen fern, versuchte aber zunehmend, die innere Sicherheit des Landes zu stärken, was ihm jedoch aufgrund mangelnder Ausbildung und fehlender Ressourcen nur mäßig gelang. Zudem litt darunter die eigentliche Aufgabe des Militärs, die Grenzen – beispielsweise zu Libyen – zu sichern und Waffenschmuggel aus dem instabilen Nachbarland zu unterbinden. Bis heute mangelt es den tunesischen Streitkräften an Ausrüstung, Finanzen und Personal, um alle Aufgaben zur Zufriedenstellung erfüllen zu können. Gleichzeitig sind die Aufgaben zwischen den Sicherheitskräften und dem Militär nicht hinreichend getrennt, was zur Folge hat, dass die Streitkräfte zunehmend Aufgaben übernehmen, die eigentlich der Polizei zuzuschreiben wären. Dieser Trend nimmt allerdings in letzten Jahren wieder ab.

Wie auch in anderen Maghreb-Ländern besteht die vorrangige Aufgabe der tunesischen Streitkräfte bis heute weniger in der Bekämpfung oder Abschreckung äußerer Bedrohungen als in der Verfolgung vereinzelter islamistischer Gruppen im Inneren. Islamischer Fundamentalismus ist in Tunesien nicht so weit verbreitet, sodass die Bevölkerung im Großen und Ganzen die militärische Bekämpfung mutmaßlicher Terrorist:innen unterstützt. Einschränkend muss aber auch angeführt werden, dass sich auch viele Tunesier:innen dem IS angeschlossen haben: rund 2.900 in Syrien und im Irak und bis zu 1.000 in Libyen. Rund 27.000 sollen eine Ausreise versucht haben. Die zum Zweck der Bekämpfung von der Regierung erlassenen „Anti-Terror-Gesetze“ gefährdeten allerdings laut Amnesty International zunehmend grundlegende Menschenrechte.

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)

	2016	2017	2018	2019	2020
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	-	-	-	-	-

Quelle: IMF Government Finance Statistics.

https://data.imf.org/?sk=4e99eda6-45f6-4dcc-bd50-45fc207a6af5&hide_uv=1

Die tunesische Nationalpolizei (SN) untersteht dem Innenministerium und ist für die Strafverfolgung sowie die Aufrechterhaltung der internen Sicherheit und Ordnung zuständig. Innerhalb der Polizei gibt es verschiedene Einheiten, darunter die Verkehrspolizei (Police Routière) sowie eine Eingreiftruppe (Unités d'Intervention), die für die Eindämmung von Ausschreitungen und Straßenkämpfen zuständig ist. Darüber hinaus befinden sich unter der Kontrolle des Innenministeriums die Justizbeamten:innen (Gefängniswärter:innen), eine spezielle Einheit zum Schutze des:der Präsident:in und anderen politischen Persönlichkeiten (Direction Générale de la Sécurité du Chef de l'Etat et des

Personnalités Officielles) sowie eine Geheimdiensteinheit (Direction Générale des Services Spéciaux).

Lange Zeit gab es keine klare Trennung der Aufgaben der Sicherheitskräfte und des Militärs, da letzteres teilweise auch Aufgaben der Polizei übernommen hat. Mittlerweile ist das Militär eher für den Kampf gegen Terrorismus zuständig und beide Kräfte arbeiten stärker zusammen, wie beispielsweise Anfang März 2016, als islamistische Kämpfer:innen die Stadt Ben Guerdan an der libyschen Grenze stürmten und gleichermaßen Armee- und Polizeiposten angriffen. Die Polizeikräfte in Tunesien erhalten seit 2015 Unterstützung durch die deutsche Bundespolizei, die in Tunis ein permanentes Büro eröffnet hat. Die Zusammenarbeit soll vor allem die tunesische Grenzpolizei bei der Grenzsicherung zu Algerien und Libyen und die Nationalgarde bei der Wahrung der maritimen Sicherheit unterstützen.

Informationen nach den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Überblick über die Einstufung nach BICC-Datenbank

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Nicht kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Möglicherweise kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Möglicherweise kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Nicht kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Nicht kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Nicht kritisch

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC): Rüstungsexport-Datenbank (ruestungsexport.info).

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Protokoll von 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Äußerer Weltraumvertrag von 1967	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Konvention von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1999	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag über eine atomwaffenfreie Zone Afrika	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Übereinkommen über Streumunition von 2010	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag 2014	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kommentar

Tunesien ist den wichtigsten internationalen Abrüstungsabkommen beigetreten, mit Ausnahme des Internationalen Waffenhandelsvertrags (ATT) von 2014. Das Land besitzt keine Massenvernichtungswaffen und hat allen Berichten zufolge auch nie versucht, in den Besitz solcher Waffen zu gelangen. Dem Vertrag über eine atomwaffenfreie Zone Afrika (Pelindaba Vertrag), der 2009 in Kraft getreten ist, ist Tunesien beigetreten. Anti-Personenminen wurden von Tunesien nach eigenen Angaben zuletzt 1980 eingesetzt.

Derzeit sind keine Sanktionen der EU und der Vereinten Nationen gegen Tunesien verhängt.

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 12

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org

Box 4**Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis für 2021**

According to the 2014 constitution, Tunisia is a constitutional republic with a multiparty, unicameral parliamentary system and a president with powers specified in the constitution. In 2019 the country held free and fair parliamentary elections that gave the Nahda Party a plurality of the votes and the opportunity to form a new government in the first transition of power since its first democratic elections in 2014. President Kais Saied, an independent candidate, came to office in 2019 after winning the country's second democratic presidential elections.

The Ministry of Interior holds legal authority and responsibility for law enforcement. The ministry oversees the National Police, which has primary responsibility for law enforcement in the major cities, and the National Guard (gendarmerie), which oversees border security and patrols smaller towns and rural areas. Civilian authorities maintained effective control over the security forces. Military courts, with judges nominated by the president and approved by the Military Judicial Council, have authority to try cases involving military personnel and civilians accused of national security crimes or crimes involving members of the security or armed forces. Security forces committed periodic abuses.

On July 25, citing widespread protests and political paralysis, President Saied took "exceptional measures" under Article 80 of the constitution to dismiss Prime Minister Hichem Mechichi, freeze parliament's activities for 30 days, and lift the immunity of members of parliament. On August 23, Saied announced an indefinite extension of the "exceptional measures" period and on September 22, he issued a decree granting the president certain executive, legislative, and judiciary powers and authority to rule by decree, but allowed continued implementation of the preamble and chapters one and two, which guarantee rights and freedoms. Civil society organizations and multiple political parties raised concern that through these decrees President Saied granted himself unprecedented decision-making powers, without checks and balances and for an unlimited period. On September 29, Saied named Najla Bouden Romdhane as prime minister, and on October 11, she formed a government. On December 13, Saied announced a timeline for constitutional reforms including public consultations and the establishment of a committee to revise the constitution and electoral laws, leading to a national referendum in July 2022. Parliamentary elections would follow in December 2022.

Significant human rights issues included credible reports of: torture by government agents; arbitrary arrests or detentions; the use of military courts to investigate civilian cases; serious restrictions on freedom of expression and media, including the closure of media outlets, as well as prosecution of social media users based on criminal libel laws; serious government corruption; crimes involving violence or threats of violence targeting lesbian, gay, bisexual, transgender, queer, and intersex persons; criminalization of consensual same-sex sexual conduct between adults; and the worst forms of child labor.

The government took steps to investigate officials who allegedly committed abuses, but investigations into police, security force, and detention center abuses lacked transparency and frequently encountered long delays and procedural obstacles. High-profile investigations into several members of parliament and businesspeople on corruption charges also lacked transparency.

Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2021
<https://www.state.gov/reports/2021-country-reports-on-human-rights-practices/tunisia/>

Box 5

Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International für 2021/2022

Tunisia's Covid-19 vaccination programme was initially slow and failed to prioritize the most vulnerable, but it improved from July. In July, the President claimed exceptional powers to legislate and govern. Security forces continued to respond to peaceful protests with arbitrary arrests and excessive force with impunity. The military justice system increased prosecutions of civilians, including four people for publicly criticizing the president. The authorities imposed arbitrary travel bans on at least 50 Tunisians and placed at least 11 under arbitrary house arrest. Freedom of expression was curtailed under vague and repressive laws. A refugee was returned to Algeria where he was imprisoned. Domestic violence against women increased. Security forces assaulted and harassed LGBTI activists.

Quelle: Amnesty International Report 2021/2022
<https://www.amnesty.org/en/documents/pol10/4870/2022/en/>

Box 6

Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2022

Bewertung für Tunesien auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:

Bürgerliche Rechte: 38/60

Politische Rechte: 26/40

Gesamtbewertung: Teilweise frei (64/100)

Die Bewertung durch Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 6

Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2022

After the ouster of a longtime autocrat in 2011, Tunisia began a democratic transition, and citizens now enjoy considerable political rights and civil liberties. However, endemic corruption, economic challenges, security threats, and unresolved problems related to gender equality and transitional justice remain obstacles to full democratic consolidation. Recent emergency measures imposed by President Kaïs Saïed, including a suspension of the elected parliament, have created deep uncertainty about the future of Tunisian democracy.

Quelle: <https://freedomhouse.org/country/tunisia/freedom-world/2022>

Kommentar

Tunesien ist allen wichtigen internationalen Menschenrechtsabkommen beigetreten und in der Verfassung von 2014 sind die Menschenrechte sowie die Unabhängigkeit der Justiz garantiert. Trotzdem gibt es im Bereich der Menschenrechte erhebliche Defizite. In Folge des von den Vereinigten Staaten geführten „Krieg gegen den Terror“ hat sich die Menschenrechtssituation in Tunesien verschlechtert. Politische Freiheiten sind äußerst begrenzt. Zwar hat sich die Lage nach den Umstürzen in Tunesien grundsätzlich gebessert und politische Häftlinge wurden im Nachgang entlassen, die ohnehin bereits stark eingeschränkten Meinungs- und Versammlungsfreiheiten wurden mit „Anti-Terror-Gesetzen“ und dem seit 2015 verhängten und regelmäßig verlängerten Notstand allerdings weiter untergraben. Zwar gelten grundsätzlich verfassungsrechtliche Garantien für Meinungs- und Versammlungsfreiheit, die staatlich seit dem Ende des Regimes von Ben Ali durchaus stärker geachtet wurden – Proteste, die sich insbesondere wegen des Mangels beruflicher Möglichkeiten und hoher Arbeitslosigkeit, schlechter Lebensbedingungen oder Wasserknappheit formierten, wurden jedoch des Öfteren gewaltsam durch die staatlichen Sicherheitskräfte aufgelöst und Demonstrant:innen strafrechtlich verfolgt. „Reporter ohne Grenzen“ zufolge wurden Journalist:innen, insbesondere im Zuge von Protesten, Opfer polizeilicher Schikane. Blogger:innen und Nutzer:innen Sozialer Medien wurden ebenfalls für Meinungsäußerungen strafrechtlich belangt. Es gibt Berichte von teils tödlicher Polizeigewalt und Folter und Misshandlung in Haft. Im März 2019 hat die „Kommission für Wahrheit und Würde“ (Instance Vérité et Dignité, IVD), die zur Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen und Korruption eingesetzt wurde, einen 2.000 Seiten umfassenden Bericht zu Menschenrechtsverletzungen durch tunesische Sicherheitskräfte zwischen 1957 und 2013 veröffentlicht. Es gibt Berichte, dass die IVD in ihrer Arbeit von staatlichen Akteuren behindert wurde und Reformvorschläge der IVD sind bisher nicht implementiert worden.

Die Lage der Rechte von Frauen hat sich in den letzten Jahren verbessert und die Repräsentation von Frauen in Wahlen ist deutlich angestiegen. Strukturelle Diskriminierung und Gewalt gegenüber Frauen bleiben jedoch Probleme in Tunesien. Im Zuge dessen hat die Regierung einen Beschwerdemechanismus für Opfer häuslicher Gewalt eingerichtet, der bereits zehntausende Fälle dokumentiert hat. LGBTQI-Rechte sind nach wie vor diskriminierend und gleichgeschlechtliche Beziehungen werden rechtlich kriminalisiert.

Innere Lage im Empfängerland

Box 8

Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2022 der Bertelsmann Stiftung

Three rounds of free and fair national elections, and a smooth unscheduled presidential transition have proved the resilience of Tunisian constitutionalism. Elections were scheduled for 2019, as both presidential and legislative terms came to an end that year. Yet the unexpected death while in office of President Beji Caïd Essebsi required delicate inter-institutional cooperation as the Constitutional Court – responsible for declaring the office of the presidency vacant – is yet to be established. Pragmatically, Tunisia’s elites agreed that the transitional constitutional authority was competent. The

electoral results reflected a deep dissatisfaction among voters, as newcomers and independents outperformed many established politicians. Constitutional law professor Kais Saied was elected president in a run-off against populist media mogul Nabil Karoui, who spent much of the campaign in pre-trial detention on money-laundering charges. In the parliament, the moderate Islamist party Ennahda secured a slim plurality, despite a continuous decline in its vote share since 2011. The fragmentation of the political scene has made coalition-building challenging. The resulting instability is reflected in the fact that the last two years alone have seen three different prime ministers: Youssef Chahed (August 27, 2016 – February 27, 2020), Elyes Fakhfakh (February 27, 2020 – September 2, 2020) and Hichem Mechichi (since September 2, 2020). Amid increasing polarization, tensions are high both within the parliament, and between the legislative and executive institutions of the state. All this makes long-term planning extremely difficult.

In a landmark event, the publication of the final report of the Truth and Dignity Commission (l'Instance Vérité et Dignité, IVD) ended the work of this element of transitional justice in June 2020. The commission's mandate was to ensure that perpetrators of past human rights violations and economic crimes were held to account. However, in the course of its work, the commission encountered considerable resistance and received limited political support. This indicates that it is unlikely that the commission's structural reform recommendations will be heeded any time soon.

Quelle: <https://atlas.bti-project.org/>

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2021)

Im Jahresbericht 2021 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamt:innen und Politiker:innen durchgeführt wurden, liegt Tunesien zusammen mit Südafrika und Jamaika auf Platz 70 (2020: Platz 69). Deutschland liegt auf Platz 10.

Quelle: <https://www.transparency.org/en/cpi/2021/table/nzl>

Spannungen und innere Konflikte

Nach dem Sturz des Diktators Ben Ali begann die demokratische Transition des Landes im Zuge derer die Übergangsregierung aus ehemaligen Regierungsmitgliedern und Regimegegner:innen demokratische Wahlen vorbereitete. Im Januar 2014 wurde dann eine neue Verfassung verabschiedet. Im Januar 2016 kam es jedoch erneut landesweit zu Protesten und teilweise gewaltsamen Auseinandersetzungen. Diese sozialen Unruhen galten lange als die heftigsten innerhalb Tunesiens, seit Ausbruch der arabischen Aufstände. Die hohe Arbeitslosigkeit und die schlechte wirtschaftliche Lage waren Hauptgründe für die gesellschaftlichen Proteste. Infolgedessen verhängte die tunesische Regierung eine zeitweise Ausgangssperre. Der ehemalige Präsident Essebsi versprach ein Regierungsprogramm zur Reduzierung der Erwerbslosigkeit. Des Weiteren geht eine geringe Bedrohung für den inneren Frieden derzeit von einzelnen islamistischen Terroristengruppen aus, die von der Bevölkerung aber weitgehend isoliert sind. Zwei Terroranschläge auf touristische Ziele im März und Juni 2015 mit zahlreichen Todesopfern verschärften die Sicherheitslage und führten zu einem dramatischen Einbruch der Zahlen von Tourist:innen. Am 4. Juli 2015 wurde daraufhin erneut der Ausnahmezustand verhängt, der seither fortbesteht. Seitdem kam es zu weiteren terroristischen Anschlägen mit zahlreichen Todesopfern, so bspw. im Juni 2019 nahe der französischen Botschaft in Tunis und im März 2020 in der Nähe der US-amerikanischen Botschaft in Tunis.

Die innere Lage in Tunesien hatte sich nach den Umstürzen im Frühjahr 2011 wieder einigermaßen beruhigt. Die jüngsten Ereignisse, vor allem seit dem Juli 2021, stellten jedoch eine erneute sehr tiefe Krise dar und die politische Praxis zeitweise auf den Kopf. Auch schien es zeitweise, als wäre der gemeinsame Kurs der nationalen Einheit und des Dialogs der Großparteien gefährdet. Nachdem Präsident Kais Saied den Premierminister und Parlamentsvorsitzenden Hichem Mechichi entließ, das Parlament vorübergehend auflöste und eine nächtliche Ausgangssperre verhängte, umstellte auch das Militär zeitweise das Parlamentsgebäude und weitere Regierungseinrichtungen und blockierte deren Arbeit. Auslöser waren dem Präsidenten zufolge die pandemische und wirtschaftliche Notlage sowie ausufernde Massenproteste gegen die ineffektive Regierung. Die Regierungsmehrheit wertete dies als Staatsstreich unter Ausnutzung eines Verfassungsartikels – ein großer Teil der Bevölkerung befürwortete den Schritt Saieds jedoch, welche eine Absetzung von Regierung und Parlament forderten. Im August 2022 wurde eine umstrittene neue Verfassung verabschiedet, die die politische Macht Saieds enorm erweitert und weitreichende Änderungen des politischen Systems einführt. Mehr als 90 Prozent der Wahlberechtigten stimmten für die neue Verfassung (auch wenn die Beteiligung mit 30,5 Prozent eher gering war). Diese betont zudem anstelle des weltlichen Staatscharakters die Ziele des Islams und wird von Kritiker:innen als Schritt in Richtung Autokratie gewertet, da sie Kontrollinstanzen über das Präsidialamt einschränkt bzw. abschafft (bspw. das Amtsenthebungsverfahren) und im Umkehrschluss diesem Amt mehr Kontrollmöglichkeiten gegenüber den anderen Gewalten einräumt. So kann der:die Präsident:in nun die Regierung sowie Richter:innen ernennen und absetzen oder das (zukünftig aus zwei Kammern bestehende) Parlament auflösen.

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Mit 155.360 km² ist Tunesien das kleinste nordafrikanische Land. Es grenzt im Westen an Algerien, im Südosten an Libyen und im Norden und Nordosten an das Mittelmeer.

Politische Situation in der Region

Tunesien pflegt gute Beziehungen zu den anderen arabischen Staaten und spielt eine aktive Rolle in innerarabischen Angelegenheiten. Besonders intensiv ist die Kontaktpflege zu den beiden unmittelbaren Nachbarn Algerien und Libyen. Mit Libyen ist Tunesien seit der Aufnahme von zehntausenden libyschen Geflüchteten durch tunesische Familien während des libyschen Bürgerkrieges 2011 und in Folge der erneuten Auseinandersetzungen seit Mitte 2014 besonders eng verbunden. Die Fluchtbewegung ausgehend von Libyen in Folge des andauernden Bürgerkrieges stellt für die Region insgesamt eine Herausforderung dar. In der Zusammenarbeit mit dem westlichen Nachbarn Algerien dominieren die wirtschaftlichen Beziehungen und die Sicherheitskooperation. Die Beziehungen zu Marokko sind gut, der Austausch von Besucher:innen auf hoher Ebene ist intensiv. Von 1979 bis 1990 war Tunis Sitz der Arabischen Liga. Insgesamt ist ein politischer Umbruchsprozess in der gesamten Region im Gange. Der „arabische Frühling“ hat alte Regime zum Einsturz gebracht (Ägypten) und Konflikte entfacht (Libyen) und langfristige Folgen dieser Umbrüche sind nach wie vor unklar. Zu Syrien bleibt Tunesien weiterhin

auf Distanz, nachdem es als erstes Land im Februar 2012 die Beziehungen zur Assad-Regierung abgebrochen hat. Militärische Interventionen in den Gewaltkonflikten der Region werden jedoch entschieden abgelehnt.

Grenzkonflikte

Tunesien hat derzeit keine offiziellen Grenzkonflikte mit seinen Nachbarländern, auch wenn es vereinzelt zu grenzüberschreitenden Vorfällen kommt. So etwa im Jahr 2016, als in Ben Gardane, nahe der libyschen Grenze, bei Gefechten zwischen tunesischen Sicherheitskräften und mutmaßlichen IS-Kämpfer:innen zu 45 Toten kam. Tunesien baute aufgrund des grenzüberschreitenden Terrorismus einen 200 Kilometer langen Grenzzaun an der libyschen Grenze.

Regionale Rüstungskontrolle

Es gibt kaum Abkommen oder Verhandlungen zur regionalen Rüstungskontrolle. Tunesien hat ausschließlich die Bamako Declaration on an African Common Position on the Illicit Proliferation, Circulation and Trafficking of Small Arms and Light Weapons unterzeichnet, welche die Kontrolle von Klein- und leichten Waffen innerhalb der Afrikanischen Union verbessern soll.

Obwohl Tunesien das militärisch schwächste Land unter den nordafrikanischen Mittelmeer-Anrainern ist, wird es von keinem seiner Nachbarn direkt bedroht.

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

In Tunesien sind derzeit keine ausländischen Militäreinheiten stationiert.

Im Nachbarstaat Libyen sind jedoch 400 italienische Soldat:innen im Rahmen der MI-ASIT und etwa 500 türkische Soldat:innen stationiert. Auch stellen die Vereinigten Staaten sowie Großbritannien jeweils eine Person für die United Nations Support Mission in Libya (UNSMIL) bereit.

Im Rahmen der „Trans Saharan Counterterrorism Initiative (TSCTI)“ sind jedoch US-amerikanische Spezialeinheiten im weiteren nordafrikanischen Raum, also auch in Tunesien stationiert, um die dortigen Streitkräfte im Anti-Terror-Kampf auszubilden. Mit Tunesien wurden in der Vergangenheit einige gemeinsame Militärübungen durchgeführt.

Gefahr von Technologiepiraterie

Laut einer Studie der Business Software Alliance (BSA) betrug die Piraterie-Rate von Software in Tunesien 73 Prozent im Jahre 2017, und ist damit im Vergleich zu dem vorherigen Erhebungsjahr um einen Prozentpunkt gesunken (2015: 74 Prozent). Im Vergleich zu anderen Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens, befindet sich Tunesien damit im oberen Mittelfeld. Der aus der Technologiepiraterie entstandene wirtschaftliche Schaden belief sich nach BSA-Angaben im Jahr 2017 auf geschätzte 39 Millionen US-Dollar (2015: 49 Mio. USD).

Quelle: Business Software Alliance (BSA), Global Software Piracy Study 2018

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Tabelle 13

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971	Beigetreten (mit Einschränkungen)	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987	Beigetreten	http://www.iaea.org
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998	Beigetreten	http://www.icao.int
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Trotz seiner verhältnismäßig geringen Größe spielt Tunesien eine beachtliche Rolle in der internationalen Politik. Die Beziehungen zu den meisten europäischen Staaten sowie zu den USA sind gut bis sehr gut. Innerhalb der arabischen Welt hat Tunesien in der Vergangenheit häufig die Rolle eines Vermittlers eingenommen. Zwischen 1979 und 1990 hatte die Arabische Liga ihren Sitz in Tunis, da Ägypten wegen seines Friedensvertrages mit Israel ausgeschlossen war. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 positionierte sich Tunesien klar an der Seite der USA und betonte seine Zugehörigkeit zur Anti-Terror-Allianz. Doch bereits vor den Anschlägen des 11. September 2001 pflegte Tunesien eine enge militärische Kooperation mit US-Streitkräften. So ist das tunesische Verteidigungsministerium ein aktiver Teilnehmer am „International Military Education and Training“ (IMET) Programm des Pentagon.

Der internationale Terrorismus wird in Tunesien hart bekämpft. Im Januar 2003 verurteilte ein tunesisches Militärgericht 34 militante Islamist:innen wegen mutmaßlicher Kontakte zum al-Qaida-Netzwerk zu bis zu 20 Jahren Gefängnisstrafe. Im Januar 2016 konnte durch die tunesischen Sicherheitskräfte eine groß angelegte Anschlagsserie vereitelt und mehr als 30 Terrorverdächtige festgenommen werden. Die Extremist:innen hätten Anschläge auf militärische und zivile Einrichtungen geplant. Bei den Festgenommenen soll es sich um Anhänger:innen der Ukba-ibn-Nafi Brigade handeln, die dem Islami-schen Staat (IS) die Treue geschworen hatte. Nach Angaben der tunesischen Sicherheitsbehörden wurden alleine 2016 über 160 Terrorzellen aufgedeckt und zerschlagen. Insbesondere durch den IS geht eine Bedrohung aus. Bereits im März und Juni 2015 kam es zu

Terroranschlägen in Tunesien, woraufhin die tunesischen Sicherheitskräfte ihre Präsenz verstärkten. 2019 reklamierte der IS die Anschläge in der Nähe der französischen Botschaft, bei der zwei Menschen durch Selbstmordattentate getötet und acht Menschen verletzt wurden, vom Juni in Tunis für sich. Die jüngsten Terroranschläge in Tunesien fanden im März 2020 nahe der US-amerikanischen Botschaft in Tunis und im September 2020 in Sousse statt. Vor allem die Regionen an der Grenze zu Libyen sind ein strategisches Ziel für IS-Kämpfer:innen. Um die Grenze zu sichern, kündigte Deutschland an, Überwachungstechnik zu schicken. Zudem wurden britische Expert:innen an die tunesische Grenze zu Libyen geschickt. Ende 2016 wurde zudem ein Aktionsplan gegen zurückkehrende „Foreign Fighters“, einschließlich strafrechtlicher Verfolgung von IS-Rückkehrer:innen, angekündigt. Insgesamt reisten rund etwa 2.900 Tunesier:innen nach Syrien und in den Irak, weitere rund 1.000 nach Libyen aus. 2019 hat die Regierung Initiativen zur Bekämpfung von Terrorismus gestartet, die u. a. die legislative Möglichkeit einschließen, Konten von Terrorverdächtigen einzufrieren.

Internationale Kriminalität

Tabelle 14

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005)	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Es gibt in Tunesien zahlreiche Banden von Schleuser:innen, welche illegale Migration über den Seeweg in häufig überfüllten und hochseeuntauglichen Schiffen nach Westeuropa organisieren. Tunesien ist außerdem ein wichtiges Transitland im internationalen Drogenhandel. In der Vergangenheit war auch das Regime in den illegalen Drogenhandel involviert, als kriminelle Gelder aus dem Drogenschmuggel unter dem Schutz des Diplomatenstatus transportiert wurden. Tunesien liegt strategisch günstig für Drogenhändler:innen, da es sowohl in der Nähe Marokkos als auch dicht an der Südküste Europas liegt – dem Tor zum größten Drogenverbrauchsmarkt der Welt. Im Zuge politischer Instabilität nach 2011 hat sich der Drogenschmuggel in Tunesien verstärkt. Dabei spielen auch die Grenzregionen eine wichtige Rolle: An der durchlässigen Grenze zwischen Tunesien und Algerien boomt der Handel mit Cannabis und mit Klein- und Leichtwaffen. Gleiches gilt für die libysch-tunesische Grenzregion. Um den Schmuggel einzudämmen, kooperiert die tunesische Regierung mit Algerien und Libyen in Bezug auf Informationsaustausch, Grenzüberwachung und Verbrechensbekämpfung.

Tabelle 15

Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention von 1951	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegzeiten von 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Anti-Korruptions-Konvention von 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

UN-Berichterstattung

Tunesien boykottiert, zusammen mit den meisten anderen arabischen Staaten, das von der UN initiierte Waffenregister. Einzig in den Jahren 1992 und 2009 wurden Berichte eingereicht. Hintergrund hierfür sind unter anderem die nicht vorgesehenen Angaben über Massenvernichtungswaffen, die aber im Hinblick auf Israel für die arabischen Staaten von großer Bedeutung sind. Daher gibt es nur vereinzelt und sporadisch Informationen zu Importen Tunesiens mittels der Berichte von Handelspartnern. Auch im Rahmen der Berichterstattung von Militärausgaben an die Vereinten Nationen übermittelt Tunesien keine Daten.

Da das Land kein Mitglied des Arms Trade Treaty ist, reicht es entsprechend auch hier keine Berichte ein. Im Rahmen des Programme of Action on small arms and light weapons reichte es lediglich 2010 einen knappen Bericht ein.

Unerlaubte Wiederausfuhr

Die Informationslage bezüglich geltender Waffenexportkontrollen ist unbefriedigend, da beispielsweise Informationen über einschlägige Gesetze oder authentifizierte Endverbraucherzertifikate schlichtweg nicht erhältlich sind. Es sind jedoch keine direkten Fälle der unerlaubten Wiederausfuhr von Waffen bekannt, ein größeres Problem stellt der Schmuggel in das Land dar. Gerade der Waffenschmuggel aus dem instabilen Libyen und Gefechte mit militanten Islamist:innen an der algerischen Grenze führen immer wieder zur illegalen Weitergabe kleiner und leichter Waffen. Vor allem die Grenzregion Ben Guerdane, rund 30 Kilometer von der libyschen Grenze entfernt, wird regelmäßig zum Schauplatz großer Waffenschmuggelgeschäfte, die mittlerweile auch berberische Stämme erfasst haben. Die Entscheidung der libyschen Regierung, einen dritten Grenzübergang in Mashhad Salih-Tijii an der Grenze zu Tunesien zu eröffnen, könnte den Waren- und Waffenverkehr weiter antreiben. Weitere Waffen aus Libyen geraten regelmäßig in die Hände von Extremist:innen in Tunesien, der ägyptischen Sinai-Halbinsel und Algerien. So haben sich inzwischen etwa Algier und Tunis verbündet, um gemeinsam gegen die islamistische Gruppe Ansar Al-Scharia vorzugehen, die bereits mehrfach das tunesische Militär

angegriffen hat. Ganz im Süden Tunesiens gibt es eine weitere Schmuggelroute, die allerdings aufgrund der geographischen Verhältnisse sehr anspruchsvoll ist und nur von gut organisierten Banden betrieben werden kann – hier scheint sich die international agierende, dschihadistische Gruppe AQIM zu betätigen. Dies ist der Bereich, der derzeit von der tunesischen Regierung als Sperrzone ausgewiesen wird und in der das tunesische Militär erhöhte Präsenz zeigt. Noch weiter südlich, wo Libyen und Algerien aneinandergrenzen, wurden in der Vergangenheit auf algerischem Gebiet mehrfach Lager von Kriegswaffen (Lenkwaffen, Flugabwehr-, Panzerabwehrwaffen etc.) entdeckt, sodass man den äußersten Süden Tunesiens und das daran südlich angrenzende Gebiet derzeit durchaus als Kriegswaffen-Schmuggelzone bezeichnen kann. Expert:innen befürchten, die Zirkulation illegaler – meist libyscher Waffen – in Tunesien könnten das Land destabilisieren und den weiteren Transformationsprozess behindern. Nach einer informellen Verständigung europäischer G7-Länder hat Deutschland Unterstützungsleistungen zur Sicherung der tunesischen Grenzen nach Libyen und Algerien übernommen. In den Jahren nach dem Ausbruch des Arabischen Frühlings 2011 wurden nahezu täglich Autos mit Handschusswaffen und AK-47 an der tunesischen Grenze angehalten. Eine im Jahr 2016 errichtete und etwa 200 Kilometer lange Sperranlage, dient dazu Terrorist:innen aus dem Nachbarland Libyen vom Grenzübertritt abzuhalten und gleichzeitig den illegalen Waffenhandel einzudämmen. Expert:innen aus den USA und aus Europa sollen die Grenzsoldat:innen ausbilden. Deutschland hat in den letzten Jahren im Rahmen seiner Unterstützung der tunesischen Grenzsicherung u. a. mobile Radarsysteme, Nachtsichtgeräte und Pionierfahrzeuge gestiftet. Außerdem hat es finanzielle Mittel für die Ausbildung tunesischer Spezialkräfte bereitgestellt.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 9

Auszug aus dem Transformationsatlas 2022 der Bertelsmann Stiftung

In early 2021, almost 10 years after Tunisia's 2011 revolution, intense protests and a slogan from the uprising a decade ago reappeared ("The people demand the fall of the regime"). Despite the profound changes the country has undergone, Tunisian citizens have also experienced significant continuity. The country's economic model has barely changed and does not deliver for many Tunisians, particularly for young people. The country is in urgent need of reforms that can ensure prosperity for more people, especially in the long-neglected interior regions. But even in the face of pressure from international financial institutions, entrenched interests are unwilling to yield – particularly well-connected businesses that benefit from a tight web of regulation and trade unions that represent workers in the bloated public sector. After a decade of effective economic stagnation, the COVID-19-induced recession risks undoing the small gains that have been made by individuals and in public finances. The COVID-19 recession is estimated to be the deepest economic contraction in the country's post-independence history. Tackling rampant corruption, regional inequalities, poverty and improving public services will require public investment. Yet, public investment was already declining before the pandemic and the funds necessary to finance further investment are now even harder to come by. [...]

Outperforming many European countries, the Tunisian authorities were comparatively successful in containing the spread of the novel coronavirus in early 2020. A professional civil service and competent medical establishment recognized the threat early on and reacted swiftly. However, the ongoing second wave of the pandemic has been less well contained as the authorities try to balance controlling infection numbers with the socioeconomic fallout from the crisis, which has decimated the country's important tourism industry, and has also affected exports to Tunisia's main market in Europe, and domestic supply and demand.

Quelle: <https://atlas.bti-project.org/>

Tabelle 16

Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP (in%)

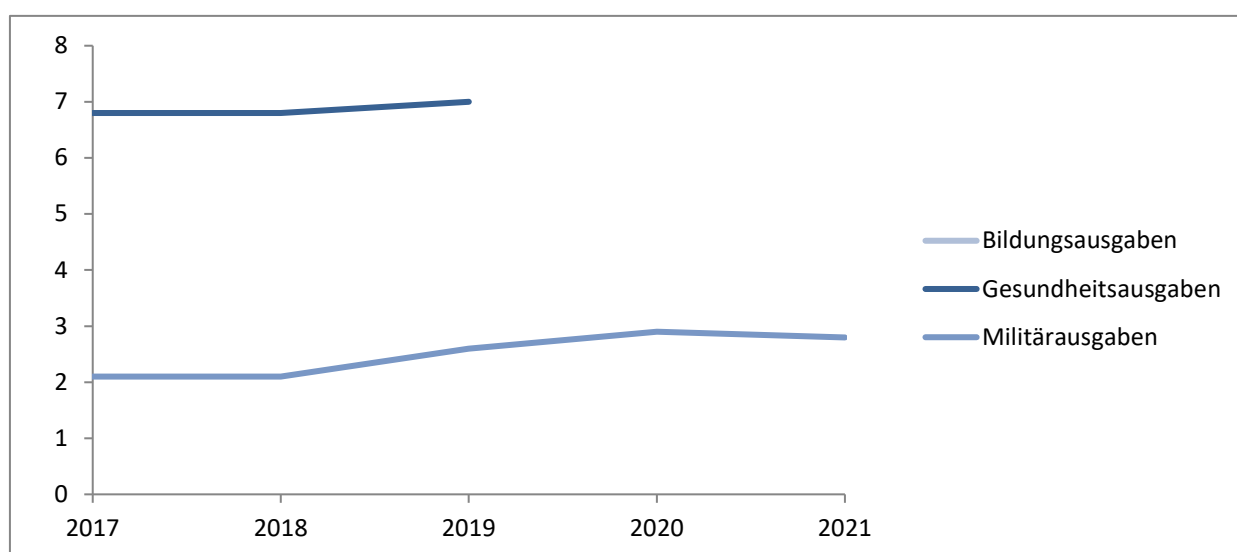
	2017	2018	2019	2020	2021
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	895	899	1105	1157	1159
Militärausgaben/BIP	2,1	2,1	2,6	2,9	2,8
Gesundheitsausgaben/BIP	6,8	6,8	7,0	-	-
Bildungsausgaben/BIP	-	-	-	-	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2020 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP in Prozent



Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2016	2017	2018	2019	2020
Auslandsverschuldung	28827	33501	35033	39381	41038
Anteil am BIP (in Prozent)	69	84,5	87,3	100,5	103,8
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (DAC-ODA)*	299,27	396,4	420,79	733,88	-
Net ODA (% of GNI)*	0,7	1	1,12	1,96	-
Deutsche ODA Zahlungen*	133,86	162,44	210,8	264,78	-

Angaben in aktuellen Preisen (Mio.) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2019); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2019).

Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 18

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung

	2017	2018	2019	2020	2021
Militarisierungswert	160,8	168,2	175,2	181,1	179,3
Index-Platzierung	59	53	50	48	50

Tabelle 19

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten

		2017	2018	2019	2020	2021
Algerien	Militarisierungswert	253,5	249,0	255,4	261,4	250,2
	Index-Platzierung	17	16	16	15	17
Libyen	Militarisierungswert	182,6	-	-	-	-
	Index-Platzierung	46	-	-	-	-

Quelle: Global Militarization Index (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC)

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2022.

<https://gmi.bicc.de/ranking-table>

Tabelle 20

Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent

		2017	2018	2019	2020	2021
Algerien	Militärausgaben (absolut)	9709	9311	10045	9708	9116
	Militärausgaben/BIP	5,9	5,5	6,0	6,7	5,6
Libyen	Militärausgaben (absolut)	-	-	-	-	-
	Militärausgaben/BIP	-	-	-	-	-

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2020). Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 21

Human Development Index (HDI)

	2017	2018	2019	2020	2021
HDI-Wert	0,740	0,743	0,745	0,737	0,731

Quelle: <https://hdr.undp.org/data-center/country-insights#/ranks>

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen.

Kommentar

Die tunesische Wirtschaft hat unter den Umstürzen von 2011 sehr gelitten und erholt sich seitdem nur langsam. 2021, zehn Jahre nach der Revolution, waren immer noch 16,8 Prozent der Tunesier:innen arbeitslos. Betrug das Pro-Kopf-Einkommen 2014 noch rund 4.300 US-Dollar, so lag es im Jahr 2019 nur noch bei rund 3.300 US-Dollar – das BIP sank zwischen 2011 und 2019 um durchschnittlich 1,7 Prozent.

Durch die anhaltende Gefahr terroristischer Anschläge und wiederholter Angriffe auf touristische Orte gingen seit 2015 auch die Einnahmen durch den Tourismus zurück, was das Land schwer belastet. Auch die COVID-19-Pandemie hat verheerende Auswirkungen auf den für die tunesische Wirtschaft essentiellen Tourismussektor.

Der Bildungssektor Tunesiens ist reformbedürftig. Es gibt viele gut ausgebildete junge Leute, die kaum Fuß auf dem Arbeitsmarkt fassen können. Die mangelhafte Bildungs- und Wirtschaftspolitik waren wesentliche Gründe für die Proteste Anfang 2011. Tunesien hat wie die meisten arabischen Staaten in den letzten Jahren große Summen im Bildungsbereich investiert. Trotzdem gelang es nicht, die Industrie und Investitionspolitik so auszurichten, dass qualifizierte Arbeitsplätze für einheimische Hochschulabsolvent:innen entstehen konnten.

Tunesiens Militarierungsgrad ist einer der niedrigsten in der gesamten Region und verdeutlicht, dass Tunesien im Vergleich zu seinen Nachbarländern deutlich weniger Ressourcen dem staatlichen Militärapparat zur Verfügung stellt. Die Stärke der Streitkräfte

ist über die Jahre konstant geblieben und verlangt somit nur begrenzt einen höheren Ressourcenaufwand. Dennoch können angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Umstände (Arbeitslosigkeit etc.) auch kleinere Investitionen in das Militär wirtschaftlich zielführender in anderen Bereichen eingesetzt werden. Die Militärausgaben in Tunesien sind im regionalen Vergleich derzeit zwar relativ niedrig und beeinflussen die wirtschaftliche und soziale Entwicklung damit derzeit nur bedingt. Lagen die relativen Militärausgaben 2012 noch bei 1,5 Prozent am BIP, waren es 2021 bereits wieder 2,8 Prozent. Dieser Trend ist angesichts eines negativen Wirtschaftswachstums problematisch. Für 2022 und 2023 prognostiziert die Afrikanische Entwicklungsbank für Tunesien jedoch ein positives Wachstum von 2 bzw. 4 Prozent. Sollten diese Prognosen eintreten, stellen die Ausgaben kein größeres Entwicklungshindernis dar.